

Petition gegen mehr Fluglärm eingereicht

Heute, am 3. November 2011, hat die kantonale Vereinigung gegen Fluglärm (VgF) ihre Petition an den Bundesrat gegen mehr Fluglärm rund um den Flughafen Bern-Belp bei der Bundeskanzlei eingereicht. In sehr kurzer Zeit wurden über 1700 Unterschriften gesammelt – dies zeigt, dass die betroffene Bevölkerung nicht noch mehr Fluglärm will.

Zusammen mit Vertretern verschiedener Umweltorganisationen und Parteien reichte die Vereinigung gegen Fluglärm (VgF) die Petition an den Bundesrat gegen mehr Fluglärm ein. Die Petition wurde im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens des neuen SIL-Objektblattes für den Regionalflughafen Bern-Belp lanciert. Die Petition begleitete eine umfangreiche Mitwirkungseingabe der VgF.

Die Forderungen der Petition lauten konkret:

1. Die maximale Anzahl Flugbewegungen soll 65'000 pro Jahr betragen – statt 75'000 wie prognostiziert.
2. Davon dürfen max. 5'000 Flugbewegungen vom Linien- und Charterverkehr, max. 8'000 Flugbewegungen von Jets und max. 10'000 Flugbewegungen von Grossflugzeugen stammen.
3. Frühflüge am Wochenende vor 08.00 Uhr sind nicht zu bewilligen.

Für die Petition wurden im September 2011 in kurzer Zeit total 1759 Unterschriften gesammelt. Insbesondere in den betroffenen Gemeinden Muri und Bern haben viele Betroffene die Petition unterzeichnet (40% der Unterschriften stammen aus Bern, 26 % aus Muri). Dies zeigt, dass die betroffene Bevölkerung sich zunehmend durch den wachsenden Flugverkehr gestört fühlt. Während der Durchschnitt in den letzten 4 Jahren gut 52'000 Flugbewegungen pro Jahr betrug, steigt die Zahl dieses Jahr gemäss Prognosen der Flughafenbetreiberin Alpar AG auf 58'000 an und ein weiterer starker Anstieg ist entsprechend den Strategien von Flughafenbetreiberin und Fluggesellschaften zu befürchten. Insbesondere der Businessjetverkehr und die Privatfliegerei mit Jets haben bereits sehr stark zugenommen und sollen noch weiter forciert werden, aber auch die Anzahl Ferienflüge nimmt durch die massive Expansion der Fluggesellschaft SkyWork kräftig zu. Dies alles führt zu erheblich mehr Fluglärm in der Region Bern. Lärm, der in der heutigen Zeit als zusätzlicher Stressfaktor zum Beispiel an Tagesrandzeiten Schlafprobleme verursacht und tagsüber die für den Menschen sehr wichtigen Erholungsräume beeinträchtigt.

Daneben gibt es zahlreiche weitere ökonomische Gründe, die gegen mehr Flugbewegungen, und dem daraus resultierenden Fluglärm, sprechen:

1. Die Expansion des Flughafens Bern-Belp widerspricht der Cleantech-Positionierung des Kantons und dem nachhaltigen Tourismus, die beide der Wirtschaft nützen.
2. Eine massive Zunahme des Flugverkehrs mag zwar gewissen Airlines kurzfristige Gewinne einbringen, längerfristig sind die Folgen auf die Wirtschaft – insbesondere für den in der Schweiz wichtigen Zweig des Tourismus - durch die schädlichen Emissionen des Flugverkehrs äusserst negativ.
3. Übermässige Lärmemissionen schaden der Standortqualität der Region Bern, z.B. führt der Fluglärm zu einer Abwertung der Liegenschaftspreise.

Aus den genannten Gründen hofft die VgF, dass Ihre Forderungen bei der Erstellung des neuen SIL-Objektblattes für den Flughafen Bern-Belp durch das BAZL und den Bundesrat berücksichtigt werden. Die vielen Unterschriften, die in kurzer Zeit gesammelt wurden, unterstreichen einerseits die Aktualität und Bedeutung unserer Forderungen, andererseits zeigen sie auch, wie moderat und pragmatisch diese sind.

Zahlreiche Parteien und Verbände unterstützen die Petition der VgF – darunter sind Vertreter der SP, der Grünen, der Grünliberalen, vom WWF, des VCS und von Läubigen Stadt.

Für weitere Informationen:

Jonas Hirschi, Geschäftsführer VgF, 0774557020, info@vgf.ch

Kurz-Info zur Mitwirkungseingabe der VgF:

Die VgF hat eine ausführliche Mitwirkungseingabe geschrieben, welche nebst den Punkten der Petition noch weitere Themen anspricht. Weiter fordert die VgF in ihrer Mitwirkungseingabe für das SIL-Objektblatt die angemessene Verkleinerung der Fläche für Hochbauten und Abstellflächen für den privaten Flugverkehr, die Streichung des Zulassungszwangs, die Streichung der Erleichterungen bei den Immissionsgrenzwerten, das Festhalten an der Verpflichtung zu Lärmmessungen und das Aufnehmen der Verpflichtung zu einer umweltgerechten Parkplatzbewirtschaftung.

Die wichtigsten Punkte dieser Mitwirkungseingabe wurden u.a. von der Stadt Bern und den Gemeinden Muri und Rubigen in ihren Mitwirkungseingaben übernommen.